

## **Editorial – Thema der Woche**

**Montag, 23. Januar 2012**

Todgesagte leben länger – aber in welchem Zustand? Das FDP-geführte Bundesgesundheitsministerium legt jedenfalls unabhängig von Partei- und Präsidentenkrise erstmal eine beträchtliche Schlagzahl vor: Pflegereform, Patientenrechtegesetz, Apotheken-Betriebsordnung, AMG-Novelle – den Damen und Herren in der Friedrichstraße geht die Arbeit nicht aus. Im Detail zeigt sich dabei, dass Leitung und Mitarbeiter des Ministeriums das Ohr durchaus an konkreten Versorgungsschwierigkeiten haben und diese zu überwinden bereit sind: So soll die Abgabe hochwirksamer Schmerzmittel für Palliativpatienten zukünftig im Notfall auch für den Palliativmediziner bei einem Hausbesuch möglich sein. Und Nierenspender hätten – wenn das Ministerium sich durchsetzt – künftig keine Kassennachteile bei eventuellen Komplikationen zu befürchten. Soweit so gut: Reale Versorgungsprobleme sind im Gesundheitsministerium angekommen und werden im Zuge der laufenden Gesetzgebung repariert.

Was allerdings nach wie vor fehlt, ist die Vision – oder die Kraft, eine solche Vision auf die Straße zu bringen. Auch bei der so genannten Pflegereform sehen wir im Kleinen gute Lösungen, die den Versorgungalltag verbessern – beispielsweise werden für Ärzte und Zahnärzte die Anreize für Heimbefuche erhöht –, doch der große Wurf bleibt aus. Ein bisschen Beitragssatzerhöhung, ein bisschen Förderung in der Demenzversorgung, ein bisschen neue Wohnformen, aber kein wirklich neuer Griff auf einen Versorgungsbereich, der seit der Einführung der Pflegeversicherung nach wie vor erst rudimentär strukturiert ist und in dem die Herausforderungen buchstäblich lawinenartig auf Gesellschaft und Sozialversicherungssystem zurollen. (Übrigens: Die Lawine sind wir!) Selbst die immer stärker wachsenden Potentiale der Flankierung von Pflege und Pflegebedürftigkeit durch die neuen Möglichkeiten technischer Assistenzsysteme findet im aktuellen Reformentwurf des Ministeriums keinerlei Berücksichtigung. Obwohl sich ja die Liberalen selbst wohl durchaus als technik-affin bezeichnen durften – und obwohl dieser Punkt in den Reformeckpunkten ausdrücklich erwähnt war.

Auch der ebenfalls in der vergangenen Woche vorgelegte Entwurf zu einem Patientenrechtegesetz macht keine wirklichen Sprünge in die Zukunft. Zusammengefasst wird, was ohnehin verstreut bereits geregelt war, und im Übrigen werden im Wesentlichen die aktuellen Mängel in der Durchsetzung der Patientenrechte abgestellt – beispielsweise durch eine zwangsweise Verkürzung von Genehmigungsverfahren der Krankenkassen. Das ist zweifelsohne ein Gewinn und – wenn man so will – ein Fortschritt, aber es findet sich auch hier kein paradigmatischer Handschriftenwechsel, der den fleißigen Gesetzgebungsaktivitäten einen unverwechselbaren und dauerhaften liberalen Stempel aufdrücken könnte.

Fast möchte einem der amtierende Gesundheitsminister Leid tun: Jeder weiß, dass Daniel Bahr sich seit seiner Mitgliedschaft im Bundestag und seinen gesundheitspolitischen Lehrjahren im Gesundheitsausschuss fundierte Fachkenntnisse erarbeitet hat. Der verspätete Einstieg ins Ministeramt, der Zustand der Koalition im Allgemeinen (und der FDP im Besonderen) und schließlich auch die dürftige restliche Gesundheitskompetenz der liberalen Partei mit ihrer ohnehin schon dünnen Personaldecke lassen aber eine weiter in die Zukunft gerichtete Gesundheitspolitik nicht zu. Der Gesundheitsminister kann und darf damit gerade noch regeln, was sich an offensichtlichen Systemmängeln im Detail offenbart und was darüber hinaus wenig Schaden anrichtet. Im Rahmen dieser Möglichkeiten entwickeln Bahr und sein Haus eine erstaunliche Aktivität. Zu mehr allerdings reicht's nicht. Die wenigen gesundheitspolitischen Duftmarken, zu denen die schwarz-gelbe Koalition in der Lage war, haben andere gesetzt. Darüber kann auch die jetzige Aktivitätenwelle nicht hinweg täuschen.